

Kritik. Anmerkung. Lob.
Wir sind offen für einen offenen Dialog. Daher nutzen Sie bitte die Kontaktmöglichkeiten zu uns. Wir freuen uns.

SPD Drolshagen im Netz
http://www.spd-drolshagen.de

E-Mail an SPD Drolshagen
info@spd-drolshagen.de

Briefpost an SPD Drolshagen
SPD-Ortsverein Drolshagen | Goethestr. 8 | 57489 Drolshagen

Lärmschutz in Frenkhausen sorgte für viel Lärm im Rat

Endlich können die Frenkhausener auf ein ruhigeres Wohnumfeld hoffen.

Der Bau von Lärmschutzwänden rückt in greifbare Nähe. Allerdings typisch für die Mehrheitsfraktion war die Nervosität im Umgang mit Bürgerbeschwerden. Streit entbrannte nämlich über die Urheberschaft des Erfolgs. Es war nach unserer Auffassung nicht der "Kreativität des Bürgermeisters" (O-Ton des CDU-Fraktionsvorsitzenden) zu verdanken, dass die Lärmschutzwände realisiert werden können. Die Hauptrolle hat vielmehr die Frenkhausener Bürgerschaft gespielt. So war es ein Frenkhausener Bürger, der mit seiner Eingabe beim Petitionsausschuss des Düsseldorf Landtages die Sache wieder ins Rollen gebracht hat. Die Sitzung des Petitionsausschusses, an der auch



MdL Reinhard Jung (SPD) teilnahm, fand an Ort und Stelle in Frenkhausen statt. Bei dieser Gelegenheit zeichnete sich dann eine Lösung der Finanzierungsproblematik ab. Derzeit wird jedoch darüber hinaus noch diskutiert, die Grenzwerte für Lärmsanierungen nach unten zu korrigieren. Laut Auskunft des Landesbetriebs Straßenbau sei dann nicht auszuschließen, dass das Frenkhausener Projekt doch noch komplett vom Bund finanziert werde. Man kann sich mehr couragiertes Verhalten betroffener Bürger wünschen. Dies zeigt, dass Veränderungen über die scheinbaren Grenzen der Bürokratie hinaus möglich sind.

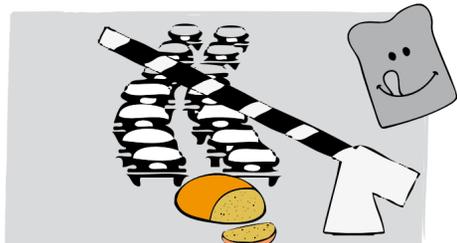
Keine Ruhe auf der Heide

Dass die SPD-Fraktion mit der Ausweisung zum Baugebiet "Auf der Heide" in Frenkhausen nicht einverstanden ist, dürfte nicht verborgen geblieben sein. Selten hat eine Ausweisung in einem Ortsteil derart hohe Wellen in der Bevölkerung geschlagen, sodass es eigentlich vernünftiger gewesen wäre, die Planungen einzustellen. Dieses Wohnbaugebiet steht bereits jetzt unter schlechten Vorzeichen. Schließlich hat die CDU dieses Vorhaben mit ihrer Mehrheit durchgedrückt, ohne auf die berechtigten Einwendungen vieler Bürger zu hören. Die SPD hofft für die Frenkhausener Bevölkerung, dass es dadurch nicht zur Spaltung im Dorf kommt, ähnlich wie man es in Scheda beim Gewerbegebiet oder in Essinghausen im Streit um die Bebauung des Dorfgangers erlebt hat.

Großbäckerei Sondermann in der Kritik

"Es gab immer wieder Ärger, weil die Zufahrt zum Ort Sendschotten von firmeneigenen Fahrzeugen oder auch Lieferfahrzeugen häufig blockiert war", brachte SPD-Fraktionsvorsitzender Rudi Reuber beim Thema "vorhabenbezogener Bebauungsplan Großbäckerei Sondermann" in der Sitzung für Stadtentwicklung auf den Punkt. Die Großbäckerei habe mehrere Möglichkeiten gehabt, in neuen Gewerbegebieten Flächen auszusuchen: in Sengenau, Scheda und Buchholz. "Im Gewerbegebiet Sengenau hat die Firma Sondermann vor Jahren so lange gezögert, bis nur noch ein Rest an Fläche zu Verfügung stand. Dieser Rest an Fläche hat das Unternehmen Sondermann aber nicht in seiner

wirtschaftlichen Expansion behindert", so Reuber. Am derzeitigen Standort ließe sich auch keine zusätzliche Gewerbefläche erschließen, da die Eigentümer kein Verkaufsinteresse zeigten. Dass die alten Probleme nun gelöst werden, halte man für zweifelhaft, so Reuber: "Wir sind aus Erfahrung skeptisch. Wir rechnen nicht damit, dass mit dem vorgelegten Bebauungsplan eine spürbare Veränderung eintritt." Die SPD hat diesen Plan deshalb abgelehnt. Vordringlich sind für den Unternehmer eine Lkw-Wascheinrichtung, die Schaffung von Parkflächen und die Bachumlegung. Die Verwaltung hat angedroht, dass, sollte sich die Parksituation nicht verbessern, beide Seiten der Straße mit Leitplanken versehen werden. Ob derartige Ankündigungen im Falle eines Falles konsequent durchgesetzt werden, darf sicher bezweifelt werden. Trotzdem hat die CDU – wie immer – den Plan kritiklos durchgewunken. Wir wollen hoffen, dass sich der Vorhabenträger, der in Sachen Mitarbeiterführung und Einhaltung von Ladenöffnungszeiten nicht gerade Positivschlagzeilen macht, sich an die Festsetzungen des Bebauungsplanes hält.



Entschuldungsprogramm nur Makulatur?

Eine Tageszeitung hat auf der Grundlage von Erhebungen des Bundes der Steuerzahler einen kreisweiten Vergleich vorgenommen, dass bei Schuldentrückführung unter bestimmten Voraussetzungen Attendorn nach 3,2 Jahren und Drolshagen als Schlusslicht nach 22 Jahren schuldenfrei wäre.

In dem Zeitungsbericht wurde Drolshagen als Schuldenstadt bezeichnet. Der Bürgermeister hat mit großen Gesten ein Entschuldungsprogramm verkündet. Er strebt eine Rückführung eines Viertels der Schulden in fünf Jahren an. Ganz soweit liegen die Erhebungen des Steuerzahlerbundes daher nicht neben der Sache. Die SPD befürchtet allerdings, dass diese hehren Ziele die Liquidität der Stadt stark strapazieren. Ferner befürchten wir, dass das Konzept dazu führen könnte, wichtige und strukturell notwendige Investitionsausgaben wegen des selbst auferlegten Spardiktats zu verhindern. Auch berücksichtigt das Konzept nicht im Geringsten den Umstand der verringerten Gewerbesteuererinnahmen aufgrund der angespannten Konjunktur. So springen eben viele hehre Konzepte als Tiger, um als Bettvorleger zu landen ...



... malen uns die Schulden schön

Drolshagen
in 22 Jahren
schuldenfrei

Attendorn
in 3,2 Jahren
schuldenfrei

DAS ROSEBLÄTTCHEN

Zeitung für Drolshagen



Inhalt

Seite 2

- SPD geht Elternbeschwerde nach
- Besitzer von Eckgrundstücken müssen weiter doppelt zahlen
- CDU verhindert Entwicklung der Kernstadt
- Haushaltsdefizit war absehbar

Seite 3

- SPD unterstützt Gründung einer Bürgerstiftung
- Pro-Kopf-Verschuldung drastisch gestiegen
- Attacke gegen Selbstständigkeit
- Die Ehrenamtskarte kommt nun auch in Drolshagen
- Mitsprache nicht erwünscht

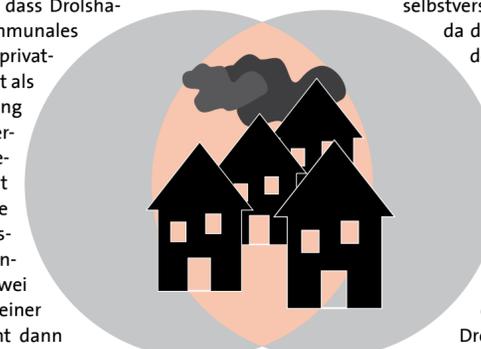
Seite 4

- Lärmschutz in Frenkhausen sorgte für viel Lärm im Rat
- Keine Ruhe auf der Heide
- Großbäckerei Sondermann in der Kritik
- Entschuldungsprogramm nur Makulatur?

Gewerbepark Huppcherhammer kommt!

SPD setzt Öffentlichkeit künftiger Aufsichtsratssitzung durch

Die SPD Drolshagen freut sich über die Möglichkeit, dass Drolshagen gemeinsam mit der Kreisstadt Olpe ein interkommunales Gewerbegebiet ausweisen kann. Die Gründung einer privatrechtlichen Gesellschaft mit beschränkter Haftung tritt als Betreibergesellschaft zur Errichtung und Vermarktung des Gewerbegebietes auf. Drolshagen steuert im Verhältnis weniger Flächen zu, ist daher in der gegründeten Gesellschaft so genannter Juniorpartner und hat weniger Stimmen. Die SPD erhofft sich natürlich eine beträchtliche Anzahl neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie die Entstehung neuer Gewerbesteuererinnahmen. Problematisch ist aber das Vorhaben, wenn zwei Städte gemeinsam eine öffentliche Aufgabe in Form einer privaten Gesellschaft bearbeiten wollen. Man spricht dann von einer sog. "Flucht ins Privatrecht"; die Städte handeln dann wie private Unternehmen. Das hat sicher viele Vorteile, aber immerhin bleibt der Gesellschaftszweck öffentlicher Natur. Und diese Öffentlichkeit ist im weitesten Sinne ausgeschlossen! Denn die Sitzungen des Aufsichtsrats sind nicht öffentlich. Obwohl natürlich demokratisch legitimierte Vertreter der Räte in diesem Gremium sitzen, hat eigentlich keine Bürgerin und kein Bürger die Möglichkeit, an dessen Sitzungen teilzunehmen, wie das bei Rats- und Ausschusssitzungen der Kommunen zumindest für den öffentlichen Teil der Tagesordnung



selbstverständlich ist. Die Olper haben da so ihre Erfahrungen, da die Aufsichtsratssitzungen der Stadtwerke Olpe GmbH, der Olper Bäderbetriebe GmbH und der Wirtschaftsförderungs-GmbH ebenfalls nicht öffentlich tagen. Die Kritik der SPD ist allerdings erhört worden: Wir haben massiv die Änderung des Gesellschaftsvertrages gefordert. Die Aufsichtsratssitzungen sollen öffentlich und damit für den Bürger transparent und die Entscheidungen für ihn auch nachvollziehbar bleiben. Und genau das sieht der Vertrag nun vor. Das anfängliche Zögern der für den Vertragsentwurf verantwortlichen Drolshagener Verwaltung wich einer deutlichen Klarstellung im Gesellschaftsvertrag. Die Drolshagener SPD-Fraktion hat dem Vertragswerk zugestimmt und wundert sich gleichzeitig über die Abwehrhaltung so genannter christlicher unabhängiger Wählergemeinschaften in Drolshagen und Olpe, die – jeweils aus eigener Kirchturmsicht – alle möglichen Dinge problematisieren, um letztlich ihr Nein als Ausdruck einer gewissen Fundamentalopposition begründen zu können. Schade eigentlich, denn dieses Mal war nach notwendiger, von der SPD angestoßener Änderung des Vertrages eigentlich die "kritische" Luft raus.

Impressum

Herausgeber:
SPD-Drolshagen Ortsverein,
Hendrik Frydrych / Vorsitzender,
SPD-Drolshagen Fraktion,
Thomas Gosmann / stv. Vorsitzender

Redaktion/Verantwortliche für den Inhalt:
Hendrik Frydrych, Thomas Gosmann
hendrik.frydrych@spd-drolshagen.de
thomas.gosmann@spd-drolshagen.de

Anschrift:
SPD-Ortsverein Drolshagen
Hendrik Frydrych
Goethestr. 8
57489 Drolshagen
www.spd-drolshagen.de

Konzept/Gestaltung:
Werbe- und Kreativagentur
Colak & Partner

Druck:
Druckerei Frey Print+Media

SPD Drolshagen im Netz
http://www.spd-drolshagen.de

E-Mail an SPD Drolshagen
info@spd-drolshagen.de

Briefpost an SPD Drolshagen
SPD-Ortsverein Drolshagen | Goethestr. 8 | 57489 Drolshagen

SPD geht Elternbeschwerde nach

Realschule sichert Verbesserung des Eltern-Lehrer-Dialogs zu

Die SPD-Fraktion reagierte auf die Elternkritik, welche die Realschule von den Anforderungen her als "3. Gymnasium in Olpe" sieht. Eine Schulausschusssitzung wurde in das Lehrerzimmer der Realschule in Olpe verlegt. Schulleiter Gerhard Wertenbach sollte die Ausschussmitglieder informieren. Schule sei ein Dienstleister und immer im Dialog mit den Eltern unterwegs, sagte Wertenbach zunächst. Vom Ausschuss-Vorsitzenden Thomas Gosmann (SPD) auf Kritik von Eltern angesprochen, räumte der Schulleiter

später jedoch ein: "Wir haben im Bereich der Intensivierung der Elternmitarbeit Nachholbedarf. Beim Eltern-Lehrer-Dialog liegt in der einen oder anderen Klasse doch einiges im Argen. Auch wir haben Fehler gemacht. Wir werden die Elternmitarbeit deutlich intensivieren und unsere Hausaufgaben etwas besser machen, als wir es in der Vergangenheit getan haben."

In der Tat: Es scheint einiges im Argen zu liegen in der Realschule Olpe-Drolshagen. Nach Informationen einer Tageszeitung ist bereits die Aufsichtsbehörde eingeschaltet worden. Dabei soll es unter anderem um üble Beschimpfungen von Schülern durch Lehrer gehen. Zudem sollen einige Pädagogen durch nicht nachvollziehbares Verhalten im Unterricht aufgefallen sein. Die SPD Drolshagen nimmt die Anregungen und Beschwerden betroffener Eltern ernst und wird die Vorgänge in der Realschule weiter beobachten.

Besitzer von Eckgrundstücken müssen weiter doppelt zahlen



Wenn die Stadt Drolshagen Straßen erneuert und umgestaltet, reagieren die Anwohner meist mit gemischten Gefühlen: Zu einem großen Teil werden sie über die Straßenbaubeiträge an der Finanzierung beteiligt. Ganz dick kann es für Besitzer von Eckgrundstücken kommen – wenn sie nämlich gleich doppelt zur Kasse gebeten werden. Vier aktuell betroffene Anlieger der Heinrich-Bone-Straße und die SPD-Fraktion haben deshalb gefordert, die städtische Straßenbaubeitragssatzung zu ändern. Leider vergebens. Die derzeitige Regelung der Straßenbaubeitragssatzung führt nach Auffassung der SPD zu unbilligen finanziellen Belastungen der betroffenen Eigentümer. Die Ratsmehrheit hat eine gerechte Regelung verhindert.

CDU verhindert Entwicklung der Kernstadt

SPD machte auf verheerende Wirkung der CDU-Bebauungspläne aufmerksam

Mit großem Interesse hat die SPD die Empfehlungen der Unternehmensberatung BBE aus Köln für Errichtung eines neuen Stadtkerns zur Kenntnis genommen. Zukünftige Neuansiedlungen sollten danach – soweit verträglich – innerhalb des zentralen Versorgungsbereiches angesiedelt werden. Im Zusammenhang mit den Erörterungen im Vorfeld des Konzeptes wurde die Ansiedlung von Lidl und Aldi am jetzigen Standort als problematisch eingeschätzt. Es wurde klar, so ein Vertreter der Bezirksregierung, dass die Realisierung der Märkte an diesen außerhalb gelegenen Standorten heute so nicht mehr möglich wäre und auch nicht mehr genehmigt würde. Die SPD-Fraktion hatte rechtzeitig gewarnt. Wir hatten die verheerenden Auswirkungen für den innerstädtischen Einzelhandel aufgezeigt. Im Gegensatz dazu wurden allerdings die bestehenden innerstädtischen Bebauungspläne "Klosterwiese" und "Gartenstraße" aufgehoben. Das war kontraproduktiv. Der Bürgermeister und seine CDU-Fraktion haben damit dem Einzelhandel in Drolshagen einen Bärendienst erwiesen. Die Ansiedlung beispielsweise eines Supermarktes ist nunmehr im Kernbereich der Stadt, dem Geltungsbereich des geänderten Bebauungsplanes, nicht mehr möglich.

SUPERmarkt

Haushaltsdefizit war absehbar

Haushaltsdefizit war absehbar – Haushalt 2009 wurde bewusst schön gerechnet!

Die Enden des diesjährigen Haushaltsentwurfs konnten nur deshalb zusammengebracht werden, weil die sog. Ausgleichsrücklage mit 1,7 Mio. Euro in Anspruch genommen wurde. Dabei bleibt es aber leider nicht. Der Mahnung der SPD-Fraktion in den Haushaltsberatungen, die Entwicklung der Gemeindeanteile an Einkommen- und Umsatzsteuer vorsichtiger zu planen, ist vom Kämmerer in den Wind geschlagen worden. Zugrunde zu legen war bei den Planungen die so genannte "November-Schätzung" des Städte- und Gemeindebundes. Danach wäre bereits die Einkommensteuer mit rund 166.500 Euro geringer zu veranschlagen, als von Kämmerer und Bürgermeister in den Entwurf aufgenommen. Auch bei der Einnahmeposition Umsatzsteuer lag man rund 15.000 Euro über dem Datenmaterial des Städte- und Gemeindebundes. Eine Erklärung dieser offensichtlich fehlerhaften Ansätze konnte (oder wollte) der Kämmerer nicht geben. Diese fehlenden Erträge verschlechterten den Haushalt nochmals um rund 180.000 Euro. Auf dieser Grundlage würde der Haushalt einen Verlust in Höhe von rund 1,9 Mio. Euro ausweisen. Das ist uns in dieser Größenordnung zu viel. Wir haben den Haushalt 2008 daher nur ablehnen können. Auch war dem Zahlenwerk nicht zu entnehmen, wie auf die Auswirkungen der konjunkturbedingten Steuerausfälle zu reagieren wäre. Vorsicht war nämlich angesagt. Ferner hatte der Städte- und Gemeindebund bereits auf Steuerausfälle aufgrund der aktuellen Steuergesetzgebung hingewiesen. Die finanziellen Belastungen durch die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale wurden ebenfalls nicht bedacht. Alles in allem waren wir der Auffassung, dass die Veranschlagungen zu den Einnahmepositionen viel zu optimistisch vorgenommen worden sind, und wir wurden in der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause bestätigt: Der Kämmerer musste den versammelten Ratsmitgliedern kleinlaut mitteilen, dass sich die Gewerbesteuererträge im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um rund 1,4 Mio. Euro verschlechtert haben! Ob sich die Planungen zum Jahresende in ein Desaster verwandeln, bleibt abzuwarten. Mit einer vorausschauenden Haushaltsplanung hat man es in Drolshagen aber schon lange nicht mehr zu tun.

- 1,9 Mio. Euro

SPD unterstützt Gründung einer Bürgerstiftung

SPD unterstützt Gründung einer Bürgerstiftung – Bau eines Kulturhauses in Planung

In der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause wurde über ein sehr ehrgeiziges Projekt aus der Drolshagener Bürgerschaft informiert: Die Gründung einer Bürgerstiftung für Drolshagen. Zweck der Stiftung nach der Satzung ist die Errichtung und der Betrieb eines Hauses, das dem kulturellen und sozialen Leben in Drolshagen dient. Die Initiatoren dieses Projekts, allem voran der Heimatverein für das Drolshagener Land, stellen sich den Bau eines Kulturhauses so vor, dass auf rund 500 qm Nutzfläche Mehrzweckräume für Malen, Zeichnen und Werken, Tanz, Gymnastik, Theaterspiel und Musik errichtet werden. Die SPD-Fraktion hält dieses Ansinnen für längst überfällig. Das Angebot der Volkshochschule des Kreises Olpe geht an Drolshagen fast komplett vorbei. Es geht darum, über die Angebote Sport, Gesang und Musizieren – sei es in Vereinorganisation oder durch Abdeckung unserer städtischen Musikschule – die kulturelle Bildung zu fördern und zwar bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Besonders hervorzuheben ist ferner, dass sich hier ein Handlungsfeld im Zusammenhang mit den Erkenntnissen der demografischen Entwicklung geradezu auftut. Es reicht eben nicht aus, nur festzustellen, dass die Gesellschaft immer älter wird und sich insofern auch die soziale Infrastruktur anzupassen habe. Die SPD Drolshagen unterstützt daher die Bemühungen zur Realisierung dieses Projekts. Wie Recht hat Prof. Hubertus Halbfas bei der Vorstellung des Projekts "Kulturhaus" im Rat, als er zusammenfasste: "Das Leben ist bunt. Neue Zeiten stellen neue Aufgaben und bringen neue Bedürfnisse. Wie konkret das Haus seinem Auftrag entsprechen wird, muss das Gespräch aller Interessenvertreter im Stadtbereich bringen, nicht zuletzt auch die Einbeziehung der Dörfer."



Pro-Kopf-Verschuldung drastisch gestiegen

Wenn die zweite Wahlperiode Theo Hilchenbachs als von der Bürgerschaft direkt gewählter Bürgermeister in Kürze abläuft, so mag seine CDU-Fraktion nicht müde werden, seine Erfolge zu rühmen. Etwas anderes ist von dieser Mehrheitsfraktion bekanntlich nicht zu erwarten. Dabei wird von ihr gerne übersehen, dass sich die Pro-Kopf-Verschuldung in Drolshagen in Hilchenbachs Amtszeit um fast das 1,6fache erhöht hat, nämlich von 14.926 Euro im Jahre 1999 auf 23.734 Euro im Jahre 2008. Wir meinen, dass das keine Bilanz der letzten zehn Jahre ist, derer man sich rühmen könne. Am Kommunalwahltag (30.8.2009) haben Sie, verehrte Bürgerinnen und Bürger, die Möglichkeit, Weichen zu stellen und diese Bilanz für die Zukunft ins Positive zu korrigieren.



Attacke gegen Selbstständigkeit

Attacke gegen Selbstständigkeit von Drolshagen Marketing e.V. endete als Rohrkrepiere



Mit großem Unverständnis hat die SPD zur Kenntnis genommen, dass Bestrebungen in der CDU-Fraktion existieren, die finanzielle Ausstattung des Drolshagen Marketing e.V. neu zu ordnen. Wir sind der Auffassung, dass hinter diesem Vorstoß nicht Köpfe der CDU-Fraktion stehen, sondern die Verwaltungsspitze selbst. Schließlich ist diese Attacke sang- und klanglos wieder abgeblasen worden. Man wollte offenbar die Verwendung der Mittel abhängig machen von der Entscheidungskompetenz eines Ausschusses. Es ging um politische Einflussnahme. Das aber hätte den Mehrwert, den das Ehrenamtliche in der Vorstandsebene und in den Ebenen der unterschiedlichen Projektleitungen hat, unterdrückt.

ROHRKREPIERER

Die Ehrenamtskarte kommt nun auch in Drolshagen

Mit gehöriger Verspätung nun auch für Drolshagener – Die Ehrenamtskarte kommt

Die landesweite Ehrenamtskarte wird nun endlich auch in Drolshagen eingeführt. Die SPD-Fraktion unterstützt dieses Vorhaben ausdrücklich. Was aber genau ist eine Ehrenamtskarte? Das bürgerschaftliche Engagement hat in der Stadt Drolshagen eine lange Tradition und ist ein unverzichtbarer Bestandteil des vielfältigen gesellschaftlichen Lebens. Zahlreiche Vereine, Verbände und auch die Kirchengemeinden leisten vor allem im sozialen, sportlichen und kulturellen Bereich einen großen Beitrag zur Gestaltung unseres Zusammenlebens. In NRW wurde im Jahr 2008 die landesweit gültige Ehrenamtskarte als Anerkennung für überdurchschnittliches ehrenamtliches Engagement eingeführt. Durch die Ehrenamtskarte soll außerordentlich engagierten ehrenamtlichen Helfern eine Vergünstigung bei der Nutzung öffentlicher und gegebenenfalls auch privater Angebote eingeräumt werden.



Die Vergünstigungen, die die Stadt Drolshagen anbieten kann, sind relativ gering. Jedoch können mit der Ehrenamtskarte sämtliche Angebote aller Beteiligten in NRW genutzt werden. Und das kann sich auszahlen. Die vielseitigen Angebote sind im Internet unter www.ehrensache-nrw.de abrufbar. Es lohnt sich, liebe Leserin und lieber Leser, in den Angeboten der anderen Städte zu stöbern. Schade ist nur, dass Drolshagen wieder einmal zu den Schlusslichtern gehört: Können Ehrenamtler anderer Städte und Gemeinden des Kreises Olpe bereits von den vielseitigen Angeboten Gebrauch machen, so ist in Drolshagen das Thema erst einmal im Rat diskutiert worden, um die Voraussetzungen und das Verfahren zur Erlangung der Karte abzustimmen. Verwaltungsmühlen mahlen eben langsam ...

Mitsprache nicht erwünscht

CDU lässt Verwaltung Vorschläge erarbeiten

Die Verwaltung informierte den Rat darüber, dass der Bund rund 980.000 Euro als Mittel im Zusammenhang des so genannten Konjunkturpakets II zur Verfügung gestellt hat. Was würde dann näher liegen – so wie es viele umliegende Kommunen auch praktizieren –, als einen parlamentarischen Arbeitskreis mit der Sache der Mittelverwendung zu betrauen? Die Betonmehrheit der CDU hat dies aber verhindert und dem Bürgermeister einen Freibrief ausgestellt: Eine Maßnahmenliste soll dieser zur Abstimmung mit der Bezirksregierung erstellen und dann den Fachausschüssen zuleiten. Mitbestimmung des Rates? Fehlanzeige! Von der Mehrheitsfraktion nicht gewünscht!